

Kurzinformationen

Die Zahl der Priesterweihen lag 1982 weltweit um 1,2 Prozent über der des Vorjahres. Diese Angabe ist einer statistischen Übersicht über die Entwicklung der Priesterberufungen in aller Welt zu entnehmen, die der Osservatore Romano (10./11.9.84) veröffentlichte. Die im Berichtszeitraum geringste Zahl an Priesterweihen wurde demnach im Jahr 1979 mit 5765 Weihen verzeichnet, 1982 lag sie bei 5957. Während sich bei den Diözesanpriestern ein leichter Aufwärtstrend bemerkbar macht, erreichte die Zahl der Weihen von Ordenspriestern 1982 mit 1844 seinen bisher tiefsten Stand. Die Zahl der Amtsniederlegungen von Priestern ging im Berichtszeitraum von 3790 (im Jahre 1973) bis auf 1226 (1982) kontinuierlich zurück, bei den Ordensgeistlichen nahm sie hingegen etwas zu. Die Zahl der Seminaristen stieg 1982 im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4000 auf 73 001. Angestiegen sind gleichfalls die Zahlen der Novizen und Novizinnen (für 1982: 8958 bzw. 16164). Bei der geographischen Aufschlüsselung der Priesterzahlen wird deutlich, wie sehr sich die Lage je nach Erdteil unterscheidet: Mit Ausnahme von Asien und Ozeanien nahm die Zahl der Priester in allen Erdteilen im Zeitraum von 1973 bis 1982 ab, weltweit von 433 089 auf 408 945. Die ungleiche Verteilung der Priester zeigt ein Vergleich von Priester- und Katholikenzahlen: Während in Europa 58 bzw. 35 Prozent (Diözesan- bzw. Ordenspriester) aller Priester leben, befinden sich jedoch nur 34 Prozent aller Katholiken auf diesem Kontinent. Südamerika verfügt demgegenüber über acht bzw. 16 Prozent aller Diözesan- und Ordenspriester, auf dem Subkontinent leben aber 28 Prozent aller Katholiken.

Am 7. September starb in Rom der ukrainische Großerbischof Jossyf Kardinal Slipyj im Alter von 92 Jahren. Mit ihm verschied eine der letzten großen Gestalten des religiösen Widerstands in der Sowjetunion. Slipyj, 1939 zum Koadjutor des Metropoliten von Lemberg, Andrej Scheptycky, ernannt, konnte als dessen Nachfolger sein Amt als Erzbischof von Lemberg nur wenige Monate (von November 1944 bis April 1945) ausüben. Obwohl er um einen modus vivendi mit den Sowjets bemüht war, wurde er, weil er sich wie die übrigen zehn katholischen Bischöfe der Ukraine weigerte, sich dem Zwangsanschluß der katholischen Ukrainer an die orthodoxe Kirche zu fügen, 1945 verhaftet und 1946 zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er verbrachte diese Zeit in einem Arbeitslager in der Nähe von Jakuzk in Kachachstan. Später, von neuem verhaftet, lebte er die meiste Zeit unter Hausarrest. Als ihm 1959 gegen formellen Verzicht auf sein kirchliches Amt freie Ausreise angeboten wurde, lehnte er ab. 1962, in der ersten ostpolitischen Tauwetterphase unter Chruschtschow, konnte er auf Intervention Johannes' XXIII. in den Vatikan ausreisen. Er wohnte dort jedoch nur vorübergehend und übersiedelte später in ein kleines Ukrainer-Kloster am Albaner See. Paul VI. verlieh ihm 1963 den Titel eines Groß-Erzbischofs, 1965 wurde Slipyj Kardinal. Die Ernennung zum Patriarchen der Ukrainer, was nach deren Wunsch die Errichtung eines ukrainischen Patriarchats eingeschlossen hatte, wurde Slipyj aus ökumenischen (und ostpolitischen) Gründen verweigert. Obwohl de facto ohne Bistum, blieb er bis zu seinem Tode formell Oberhaupt der Ukrainer und vertrat – nicht immer bei vollem Einverständnis der Kurie – deren kirchliche und politische Wünsche und Erwartungen. Vom Charakter her ebenso unbeugsam wie standhaft hat er sich stets offen gegen die Verletzung der Religionsfreiheit und die Verfolgung von Christen in sowjetischem Einflußbereich gewandt und – unter Paul VI. – Bedenken gegen einen in seinen Augen zu lei-

setreterischen Umgang mit den kommunistischen Regierungen Osteuropas geäußert. Nachfolger von Slipyj als Oberhaupt der Ukrainer ist der ukrainische Erzbischof von Philadelphia, Myroslav Lubachivsky (69). Er wurde von einer Synode der Ukrainer 1980 (vgl. HK, Mai 1980, 225) mit Zustimmung Johannes Pauls II. dazu bestimmt.

Die Katholische Kirche Jugoslawiens feierte am 8./9. September einen „Nationalen Eucharistischen Kongreß“ zum Gedenken an die Christianisierung Kroatiens vor 1300 Jahren. Ursprünglich hatte Papst Johannes Paul II. an dieser Feier teilnehmen sollen. Wegen Unstimmigkeiten mit den jugoslawischen Behörden war es nicht dazu gekommen. Belgrad hatte erklärt, man wünsche den Besuch des Papstes „zu einem geeigneteren Zeitpunkt“. Statt dessen entsandte der Papst den Wiener Erzbischof Kardinal Franz König als seinen persönlichen Legaten. König war zunächst von der jugoslawischen Kirche ad personam, als Erzbischof Wiens, zu den Feierlichkeiten eingeladen worden, hatte aber abgesagt. Zur Eröffnung des Kongresses wurde in der Kathedrale der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb eine von Radio Vatikan ausgestrahlte Ansprache des Papstes übertragen (vollständiger Text in Osservatore Romano 10./11.9.84). Der Erzbischof von Zagreb, Kardinal Franjo Kuharić, hob bei der Gelegenheit die enge Verbindung zwischen dem Christentum und der kroatischen nationalen Geschichte hervor, wie dies die Kirche durch ihre Feiern zu historischen Anlässen betone. In seiner von Kardinal König im Marienwallfahrtsort Marija Bistrica vor rund 300 000 Gläubigen verlesenen Botschaft sprach Papst Johannes Paul II. den Wunsch aus, selbst nach Marija Bistrica zu kommen, wozu ihn die jugoslawischen Bischöfe bereits eingeladen hätten. „Angesichts der bereitwilligen Haltung der staatlichen Behörden“ hoffe er, daß seine Pastoralreise durch Jugoslawien in absehbarer Zeit stattfinden könne. Der Papst sprach sich für den Dialog zwischen den verschiedenen Konfessionen im Vielvölkerstaat Jugoslawien aus. Das Zweite Vatikanische Konzil habe den Anstoß zu einem aufrichtigen Dialog mit den Mitbrüdern anderer christlicher Konfessionen sowie für das Gespräch mit Nicht-Christen und Nicht-Glaubenden gegeben. Gerade Jugoslawien, wo Katholiken, Orthodoxe, Reformierte, Muslime und Nicht-Glaubende zusammenlebten, könne ein Prüfstein für diesen Auftrag zum Dialog sein. In seiner Predigt verlangte der Erzbischof Kuharić volle Glaubensfreiheit für sein Land. Der Zagreber Oberhirte richtete konkrete Forderungen an den Staat: Er sprach sich u.a. gegen jeden Druck auf das Gewissen der Menschen durch Zwangsatheisierung aus und forderde eine „vollkommen freie Kirche“, in der jeder ohne Rücksicht auf seine Stellung den Gottesdienst besuchen könne. Für die Kirche klagte er die Möglichkeit ein, Sterbende, Kranke, Häftlinge und Soldaten seelsorglich betreuen zu können. Trotz einiger Unstimmigkeiten in bezug auf die äußere Abwicklung des Kongresses konnten die Feierlichkeiten insgesamt reibungslos ablaufen. In den Medien und von parteiamtlicher Seite gab es zur gleichen Zeit einzelne Stimmen, die der katholischen Kirche in Jugoslawien heftige Vorwürfe machten, sie zelebrierte politischen Klerikalismus.

In einer Stellungnahme zu den Lima-Erklärungen hat der Reformierte Bund erhebliche Bedenken gegen diese ökumenischen Konvergenzerklärungen geltend gemacht. Die vom Moderamen (dem

Leitungsgremium) des Bundes vorgelegte Stellungnahme beschränkt sich auf einige Grundfragen aus reformierter Sicht und geht nicht auf einzelne Formulierungen oder Abschnitte der Lima-Erklärungen ein. Als Vorzüge der Texte werden u. a. genannt, daß sie die Bezogenheit von Taufe, Eucharistie und Amt auf Jesus Christus herausstellten, daß sie den ernsthaften Versuch unternähmen, die biblische Grundlage deutlich herauszuarbeiten und daß sie noch bestehende Differenzen nicht verschwiegen, sondern direkt thematisierten. Das Moderamen kommt dann aber zu dem Urteil, die Gesamtsichtweise der Lima-Erklärungen sei in wesentlichen Punkten für evangelische Christen „alles andere als annehmbar“. So werde im Vorwort vom „Glauben der Kirche durch die Jahrhunderte“ geredet, wogegen nach reformatorischer Überzeugung nur das in der Schrift bezeugte Wort Gottes entscheidende Instanz für die Frage nach der christlichen Wahrheit sei. In den Erklärungen werde mit keinem Wort erwähnt, daß die Frage nach der evangeliumsgemäßen Gestaltung von Amt und Dienst durch die Reformatoren grundlegend neu gestellt, bedacht und beantwortet worden sei. Die Texte über Taufe und Eucharistie, so das Moderamen, enthielten nicht wenige Aussagen, „die wir von unserem Verständnis des biblischen Zeugnisses wie auch vom reformierten Bekenntnis her so, wie sie formuliert sind, nicht einfach akzeptieren können“. Es wird kritisiert, daß Lima von der Eucharistie als zentralem Akt des Gottesdienstes der Kirche spreche, während diese nach reformiertem Verständnis eine Gestalt der Verkündigung des Wortes Gottes sei. Zur Amtsfrage wird festgestellt, die in den reformierten Kirchen entwickelte Amtsauffassung und synodale Kirchenverfassung dürften auch heute „ein besseres Kirchen- und Amtsmodell“ sein als das vom Lima-Text favorisierte dreifache Amt von Bischof, Presbyter und Diakon. Das Moderamen hält fest, die kritischen Anfragen sollten nicht als Distanzierung vom ökumenischen Dialog, sondern als Beitrag zur ökumenischen Verständigung verstanden werden.

Zum amerikanischen „Labor Day“ am 3. September veröffentlichte der Erzbischof von New York, John O'Connor, eine Erklärung mit dem Titel „Reflexionen über den bevorstehenden Pastoralbrief über die Katholische Soziallehre und die US-Wirtschaft“. O'Connor will damit die Öffentlichkeit auf den für November dieses Jahres erwarteten ersten Entwurf eines Hirtenbriefes zu Fragen des Wirtschaftslebens vorbereiten, den eine Kommission der US-amerikanischen Bischöfe unter dem Vorsitz von Erzbischof *Rembert Weakland* von Milwaukee in den letzten drei Jahren erarbeitet hat. Der Versuch, die kirchliche wie außerkirchliche Öffentlichkeit an der Erarbeitung eines Hirtenbriefes zu beteiligen, war zum erstenmal beim Friedenshirtenbrief der US-Bischöfe von 1983 (vgl. HK, Juli 1983, 311 ff.) gemacht worden. O'Connor weist in seiner Erklärung darauf hin, daß es das

wichtigste Ziel des Hirtenbriefes sein müsse, die Katholiken auf die lange Tradition der Katholischen Soziallehre hinzuweisen. Diese Lehre stelle einen integralen Bestandteil des religiösen Glaubens dar, dennoch sei sie weder allgemein bekannt noch auch verstanden. Der Hirtenbrief zu Fragen der Wirtschaft werde die Gelegenheit bieten, diesen „verborgenen Schatz an die Oberfläche zu holen und seine wertvollen Inhalte zu entstauben“. Der New Yorker Oberhirte weist darauf hin, daß es bereits eine lange Tradition der kirchlichen Lehre gerade auch in Fragen der Wirtschaft gebe. Der Hirtenbrief werde seinen Ort in dieser Tradition sozialer Lehre haben, die ihre Wurzeln in Abraham, Moses und den Propheten sowie im konkreten Leben und in der Botschaft Jesu selbst habe. Wenn die Bischöfe Kirche und Gesellschaft zum Nachdenken über soziale Fragen anregten, dann täten sie dies – so O'Connor – im Wissen, daß ihr Lehren verschiedene Niveaus moralischer Autorität beinhalteten. Innerhalb des Rahmens moralischer Grundsätze, den die Katholische Soziallehre biete, sei und sollte auch Raum für unterschiedliche Sichtweisen im Bereich der Wirtschaft sein. Wenn die Kirche versuche, eine öffentliche Debatte über eine moralische Analyse wirtschaftlicher Fragen zu eröffnen, mische sie sich nicht in politische Angelegenheiten und füge der politischen Debatte kein ihr fremdes Element hinzu. Sie bemühe sich vielmehr darum, „die menschlichen und moralischen Konsequenzen technischer Entscheidungen zu verdeutlichen“, die man als Nation fälle.

Entgegen früheren Ankündigungen wurden Ende August noch keine kirchlichen Maßnahmen gegen die drei bzw. vier Priester-Minister in Nicaragua ergriffen (vgl. HK, September 1984, S. 401–403). Statt dessen gab es Anfang September lebhaftere politische Kontakte zwischen der sandinistischen Regierung in Managua und dem Apostolischen Stuhl. Eine in den Vatikan entsandte Ministerdelegation der Sandinisten unter Leitung von Junta-Sekretär *Rodrigo Rayes* verhandelte im Vatikan zwei Tage lang mit Erzbischof *Achille Silvestrini* und wurde am 8. September auch von Kardinalstaatssekretär *Casaroli* empfangen. Zur gleichen Zeit weilte der Vorsitzende der Nicaraguanischen Bischofskonferenz, Bischof *Pablo Antonio Vega*, im Vatikan und wurde von *Johannes Paul II.* in Castel Gandolfo empfangen. Zur gleichen Zeit richteten ca. 40 nicaraguanische Priester einen Brief an Johannes Paul II., in dem sie den Papst baten, sich für den von der nicaraguanischen Regierung unter Hausarrest gestellten Geistlichen *Luis Amado Peña* einzusetzen, der zu Unrecht „konterrevolutionärer Umtriebe“ bezichtigt werde. Es gibt Anzeichen, daß die sandinistische Regierung an einer Entspannung mit der kirchlichen Führung interessiert ist. Vorübergehend gab es auch Gerüchte, die Priester-Minister würden von sich aus ihre staatlichen Ämter niederlegen, was sich bislang jedenfalls nicht bestätigt hat.

Bücher

BERND JASPERT (HRSG.). *Rudolf Bultmanns Werk und Wirkung*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1984. 458 S. DM 65,-

Rudolf Bultmanns 100. Geburtstag am 20. August dieses Jahres lenkte in der evangelischen Kirche und Theologie die Aufmerksamkeit wieder auf den großen Theologen, um den es schon vor seinem Tod (im Jahr 1976) relativ still geworden war, zumindest

verglichen mit dem heftigen Streit um die von ihm geforderte „Entmythologisierung“ der christlichen Botschaft. Der vorliegende Band, der aus Anlaß des 100. Geburtstages erschien, sammelt Beiträge zu verschiedenen Aspekten von Bultmanns Leben, Werk und Wirkung. Sie gelten etwa seiner Wende von der liberalen zur dialektischen Theologie und seinem Verhältnis zu Karl Barth, beschäftigen sich mit seinen bahnbrechenden exegetischen Arbeiten und erörtern sein Verständnis des christlichen Glaubens